Geschrieben von: Lorenz
Mittwoch, den 26. November 2014 um 06:43 Uhr

Reaktion auf die Äußerungen von Deppmeyer und Joumaah

Watermann und Piel verteidigen das neue Schulgesetz in Niedersachsen

Mittwoch 26. November 2014 - **Hameln/ Hannover (wbn). Das neue Schulgesetz für Niedersachsen, das im Frühjahr 2015 beschlossen werden soll, eröffnet nach Auffassung von SPD und Grünen mehr Chancengleichheit und Bildungsvielfalt für Schülerinnen und Schüler.**

Dies haben die Landtagsabgeordneten Ulrich Watermann (SPD) und Anja Piel (Bündnis 90/Die Grünen) deutlich gemacht.

Fortsetzung von Seite 1

„Die neuerliche Kritik der CDU entbehrt jeder Grundlage und da sie selber schon lange keine eigenen Ideen in die Bildungsdebatte einbringt, verfällt man nun in die Wiederholung alter Thesen. Das macht sie aber nicht wahrer“, entgegneten Watermann und Piel den jüngsten Äußerungen der Landtagskollegen Deppmeyer und Joumaah (beide CDU). Die Weserbergland-Nachrichten.de haben am Wochenende darüber berichtet. Das Gesetz berücksichtige zum ersten Mal in der Bildungspolitik die Vielfältigkeit von modernen Lebenssituationen, in denen sich die Schülerinnen und Schüler heute wiederfinden. Die Nachfrage nach Gymnasialplätzen sei in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. Die „IGSen“ daher als ersetzende Schulform aufzustellen, mache die Schullandschaft breiter und zukunftsfähiger und biete den kommunalen Schulträgern mehr Möglichkeiten. „Mitnichten schränken wir Bildungsvielfalt ein, wenn wir die Hürden für die Gründung von Gesamtschulen senken. Besonders bei uns im ländlichen Raum wird diese Veränderung Gestaltungsräume eröffnen“, so Piel.(Hinweis: Mit "IGSen" sind im Bildungspolitik-Sprech die Integrierten Gesamtschulen gemeint - die Redaktion.)

Die Kritik der CDU-Landtagsabgeordneten kann auch Watermann nicht verstehen, da die Wahlkreise der Kollegen ebenfalls im ländlichen Raum lägen und sie deshalb mit den Gegebenheiten vor Ort eigentlich besser vertraut sein müssten. In den letzten Jahren wurden 50 „IGSen“ neu gegründet und kein einziges Gymnasium geschlossen. Zuspruch erhält die Reform ebenfalls von der Lehrergewerkschaft GEW, die bereits vor einiger Zeit vor Panikmache hinsichtlich der Existenzfrage von Gymnasien gewarnt hatte. Dies bescheinige der

Landesregierung ein hohes Maß an Sensibilität und die klare Verteilung der Rollen vor Ort bei den kommunalen Trägern.

Die Einführung des modernen Abiturs nach 13 Jahren in Niedersachsen bedeute für die Gymnasien neue Möglichkeiten und mache das Gesamtkonzept schlüssig: „Gymnasien haben jetzt Chancengleichheit, weil das Abitur nach 13 Jahren nach der gescheiterten CDU-FDP-Reform nicht mehr nur an Gesamtschulen absolviert werden kann. Eltern, die ihren Kindern das sogenannte Turbo-Abitur nicht zumuten wollten, haben die freie Auswahl. Das ist ein großer Erfolg rot-grüner Bildungspolitik, die ihren Auftrag, besonders mit Blick auf die Inklusion, richtig verstanden hat“, führt Watermann aus. Dieser Schritt wird über die Partei- und Verbandsgrenzen hinweg befürwortet.

Auch den Schritt, die Förderschulen Lernen und Sprache auslaufen zu lassen, verteidigen Piel und Watermann. „Wir sind verpflichtet, die Inklusion umzusetzen, und Studien bestätigen, dass Kinder mit solchem Unterstützungsbedarf in diesen Bereichen in Regelschulen mit einer guten Betreuung erfolgreicher und besser lernen“, so Piel. Parallelangebote würden langfristig enorme Ressourcen binden, die in den Regelschulen gebraucht würden.